



und zu den Ehrenämtern der Partei und muß sich so fortsetzen bis in die obersten Stufen hinauf. Jegliche Rechte der Geburt oder der Stände kann es in der Parteiorganisation nicht geben, aber eben so wenig darf nach solchen Rücksichten die Verteilung der Ämter in der Partei und der Mandate stattfinden.

**Leben und Wirken der Partei** - Verfahren kann eine Parteiorganisation in der Gegenwart nur dann, wenn sie verfügt über reichliche Geldmittel.

Die noch zu behandelnde Schulung der Parteimitglieder, die Schaffung aller der sachlichen Einrichtungen, wie Bibliotheken, Zeitungen, Schriften, Kurse, Sekretariate, welcher eine Partei heute bedarf, sind ohne diese Geldmittel nicht möglich. Ein Mindestjahresbeitrag von zwei Mark für das einzelne Parteimitglied, der herabgemindert werden kann, wenn mehrere Parteimitglieder einer Familie angehören, scheint mir unerlässlich zu sein, damit wir dieses Ziel der größtmöglichen Erhaltung aller Wähler und einer allgemeinen Parteileistung erreichen, müssen die Pflichten innerhalb der Partei bestimmt werden nach der Zahl der für die Partei bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen, d. h. die Pflicht der Abführung von Beiträgen an die Provinzial-, Landes- und Reichsorganisationen. Die Rechte der Parteimitglieder dagegen, zum Beispiel die Übernahme von Parteiämtern und Mandaten, müssen abhängig gemacht werden von der Mitgliedschaft und Parteileistung zur Parteiorganisation.

**Reichliche Geldmittel**

**geistige Nützigkeit**  
für Leben und Wirken der Parteiorganisation. Die notwendige Fällung zwischen Mäßigkeit und Fraktion ist nur zu erreichen durch eine unausgeglichene politische Auffassung der Parteimitglieder, sowie durch systematische staatsbürgerliche Erziehung.

Die organisatorische und Werbearbeit sowie die Schulung der Wähler kann nicht ausschließlich ehrenamtlich geleistet werden. Dazu sind erforderlich die:

**Parteiorganisation**  
und zwar solche für kleinere Bezirke, als da sind Großstädte, politische Kreise, ferner für Provinzen und Länder und endlich das Parteisekretariat. Das ist ganz besonders vom Parteisekretariat am Ort, wo der Reichstag tagt. Bisher haben wir ein solches Parteisekretariat der Zentrumspartei noch gar nicht gehabt. Vom rechten Aufbau und gezielten Leistungen des Parteisekretariats hängt die Zukunft der Partei wesentlich ab. Es muß die Parteizentrale der Partei werden, ähnlich wie die Volksparteizentrale in W. Gladbach es für den großen katholischen Volkswahlkreis ist. Die Fraktion hat ihr Eigenleben innerhalb der Parteiorganisation. Sie hat die Parteimitglieder bei der Begegnung wahrzunehmen und vom Standpunkt unserer Partei aus an der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltungskontrolle mitzuwirken. Das ist die wichtigste Arbeit, welche überhaupt in der Partei zu leisten ist. Es handelt sich dabei um eine selbständige schöpferische Arbeit, für welche die Fraktion der Partei verantwortlich ist, bei der sie im einzelnen aber nicht an ein Mandat gebunden ist. Das Reichsparteisekretariat für das gesamte Reich hat die Provinz- und Landessekretariate in Provinzen und Ländern. Sie unterliegen der Provinzial- und Landesorganisation, die ihrerseits wiederum im Rahmen der Reichsorganisation sich betätigen muß. Die kleineren Parteisekretariate werden häufig der Parteiorganisation des Reiches angeschlossen, für den sie geschaffen sind, unterstellt. Grundsätzlich muß darauf festgehalten werden, daß die Angestellten der Partei nicht gleichzeitig auch Ehrenämter der Partei bekleiden dürfen.

Der Parteivorstand kann sich nicht beschränken auf die Verwaltung der Parteiorganisation, sondern er repräsentiert die Organisation im Lande und die Gesamtpartei. Aber die Fraktion ist ein so wichtiger Mitglied der Partei, daß sie durch ihre führenden Mitglieder unbedingt im Parteivorstand sitzen oder entsprechenden Einfluß haben muß.

**Zentrumspresse**  
Immer innerhalb der Parteiorganisation eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie ist einmal das wichtigste Mittel für die Klärung der Wähler und ihrer Schulung. Dabei soll sie selbst tätig wirken und durch wertvolle Anregungen eigene Initiativen entwickeln. Zur Erfüllung der zuletzt genannten Aufgabe ist neben entsprechenden Redaktionsmaßnahmen die Freiheit der Presse unabwiesbar. Eine absolute Freiheit kann es für die Presse nicht geben. Zunächst muß Klarheit darüber bestehen und wo sie nicht besteht, geschaffen werden, welche Presseorgane sich mit Recht als Parteipresse bezeichnen dürfen. Soll einem Organ der Charakter als Parteipresse verliehen werden, so muß es über eine solche wichtige Entscheidung naturgemäß nicht einer politischen Partei überlassen werden. Diese kann in der Richtung nur die einleitenden Schritte tun und entsprechende Anträge stellen, das Material zusammenbringen usw. Es muß der Provinzial-, Landes- und Reichspresse der Partei vorbehalten bleiben, das entscheidende Urteil über den Parteipressecharakter eines Blattes zu fällen.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, daß Verlag und Redaktion der Parteipresse in eine enge Fühlung mit der unabhängigen Parteipresse am Orte ihres Erscheinens gebracht werden. Diesen Zweck können Presseausstöße dienen, die von der politischen oder provinziellen Parteipresse einzufließen sind, je nach dem es sich um ein Provinzialblatt oder um ein kleineres Blatt handelt. In diesen Fällen müssen Redaktion und Verlag der Zeitung so verfahren sein, daß sie in allen Fällen ausgiebig zu Worte kommen können. Dagegen sind eine systematische Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen der Presse auf der einen Seite und Vertretern der Parteiorganisation auf der anderen Seite nicht zu erreichen. Diese Presseausstöße sollen der Förderung und der Unterhaltung der Freundschaft und eine ständige Übereinstimmung zwischen den Anscheinungen beider Parteien in allen grundsätzlichen politischen Fragen herbeiführen und gewährleisten. Sie sollen ferner den betreffenden Verlag auch nach der geschäftlichen Seite hinweisen, als das Parteipresseinteresse es erfordert. Diese Presseausstöße sind ebenfalls von nicht geringer Tragweite. Sie sind die Fortsetzung der geschäftlichen Seite mehr von privatrechtlich organisiert gewesen. So kam es, daß Fragen, wie die des Parteipresseinteresses der Zeitung, ihrer äußeren Ausstattung, der Zahl der Ausgaben, ihres Aufwandes für Redaktionskosten usw., bisher als oft entscheidend worden sind, lediglich unter dem Gesichtswinkel der Möglichkeit armen Privatgewinnes. Die Interessen der Partei haben darunter verhältnismäßig schweren Schaden gelitten.

Bei uns der politischen Parteipresse muß für die gesamte Parteipresse des Reiches auch eine enge Fühlung mit der Reichsparteipresse herbeigeführt werden. Das Wichtigste ist, daß die Presse tätig und fortwährend unterrichtet wird über Haltung und Meinung der Fraktion hinsichtlich der schwachen politischen Fragen. Zu dem ist eine vertrauliche Orientierung über den Gang der politischen Ereignisse, die verständlich mit allem Vorbehalt erzieht, die aber notwendig ist, damit die Presse nicht in die Irre geht. Es wird sich dabei meist nicht einmal um die Lieferung feinerer Artikel handeln, sondern um allgemeine Anweisungen an die Redaktionen. Diese zu liefern ist Aufgabe der Fraktion, die sich ihrer wieder in dem Juxta der Parteipresse beim Reichsparteisekretariat bedienen kann.

Die Abnehmer der Parteipresse haben ein Recht auf eine rasche Parteipresseberichterstattung, der die Haltung der Parteipressefraktion ins richtige Licht setzt wird. Die Kosten dieser Berichterstattung muß billigerweise die Parteipresse selber tragen. Sie muß zu dem Ende eine Parteipressekorrespondenz (C. P. C.) von Berlin aus an alle Parteipressestellen versenden lassen. Das Abonnement auf diese Berichte muß für alle Parteipresseorgane obligatorisch sein und muß so hoch festgesetzt werden, daß sich die gesamten Kosten der C. P. C. aus diesem Abonnement decken lassen. Die C. P. C. muß neben den amtlichen Parteipresseberichten auch politische Stimmungsbilder, sowie informatorische Nachrichten über wichtige politische Vorgänge bei der Regierung, in den Ministerien usw. bringen. Ob sie auch politische Artikel liefern soll, mag die Presse selbst entscheiden.

Die hinsichtlich der Organisation der Partei und der Parteipresse gemachten Vorschläge werden dem Parteitag in besonderen Resolutionen unterbreitet. Ich empfehle diese Resolutionen dem Parteitag zur Annahme. Ich verhehle mir keineswegs, daß für den Bestand, das Wachstum und das Leben der Partei in erster Linie nicht die Organisation maßgebend ist, sondern ihr Programm und noch mehr ihre Leistung für das Gesamtwohl unseres Volkes und Vaterlandes. Es ist leider nicht möglich, im Rahmen dieses ersten Parteitages auch sofort ein fertiges Arbeitsprogramm zu schaffen. Wir müssen uns vorläufig begnügen, mit den vor den Nationalwahlen entwickelten Leistungen und im übrigen schon jetzt die nötigen Vorbereitungen treffen, um dem kommenden Parteitag den Entwurf eines Arbeitsprogramms zu unterbreiten.

Die Hauptfrage ist, ob wir uns sagen können, die Leitgedanken, von denen wir uns führen lassen, die Ziele und Grundgedanken unserer Politik sind die rechten. Wir sind uns darin einig, daß die Gesundung und der Wiederaufbau Deutschlands liegen nur möglich ist kraft innerer geistlicher Erneuerung unseres Volkes. Dem Gottesglauben gehört die Zukunft, in ihm wirken wir auch unser gesellschaftliches Ziel. Die alte Wirtschaft ist an ihren Leistungsgränzen gestiegen. Nach Individualismus und Konkurrenz des privaten Gewinnstrebens sind Gott und Menschheitsliebe. Der Geist des Pflichtbewußtseins und des Dienens gegenüber dem Nächsten, der Familie, dem Stande, der Gesellschaft muß an die Stelle dieser verwerflichen Maxime treten. — Es ist ein alter Ruhmestitel der Zentrumspartei, daß sie auf ihrem Vorden alle Stände und Berufe gleichmäßig vereint und vertritt und daß sie im Rahmen der Interessen des Gesamtvolkes die Interessengegensätze schon innerhalb der Partei ausgleicht. Gerade darin liegt der große Reiz unserer Partei für eine gesunde innerpolitische Entwicklung.

Die neuanschaffende Organisation der Zentrumspartei ist berufen, diesen großen Ideen der Partei neues Leben zu geben, sie in alle Nischen und in alle Kreise unseres Volkes hineinzufragen und für sie zu arbeiten und zu wirken. In diesen Idealen liegt unsere Stärke in der Einigkeit, womit wir sie vertreten, unsere Stochkraft in der Arbeit, die wir dafür leisten, unsere staatsbürgerliche Pflichterfüllung. Darum, Parteifreunde, bleibt diesen Idealen treu, gewinnt unsere Sache immer neue Freunde, schafft ohne Unterlaß am Wiederaufbau und Ausbau unserer Organisation. Durch Arbeit zum Erfolg!

**Minister Stegerwald über Sozialpolitik**

Die Begründer der deutschen Sozialpolitik verfolgten mit ihr in der Hauptsache staatsbürgerliche und gesellschaftliche Zwecke. Nach der Bildung des Deutschen Reiches war sich Bismarck alsbald klar, daß das Reich zwar politisch geeinigt, aber außen wie innenpolitisch noch ungerichtet sei. Die innenpolitische Festigung suchte er durch eine den damaligen Verhältnissen angepasste Wirtschafts- und Arbeiterfürsorgepolitik zu erreichen. Wirtschaftspolitik und soziale Fürsorgepolitik wurden als etwas einheitliches Ganzes angesehen und in Angriff genommen. Nach Bismarcks Abgang ist dieser Gedanke nicht ausreichend weiterentwickelt worden, sonst hätte auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolitik ganz anders eingeleitet werden müssen, als es in Wirklichkeit geschehen ist. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, auf die geistigen und seelischen Bedürfnisse der Massen hat aber die deutsche Sozialpolitik zu wenig Rücksicht genommen. Diese Vernachlässigung hat natürlich ihre guten Gründe und enthält keinerlei Vorwürfe, insbesondere nicht gegen die Zentrumspartei. Deutschland hatte seit Bismarcks Abgang nicht weniger, so auch innenpolitisch keine feste staatliche Führung mehr, so daß die Sozialpolitik der Führung einzelner Parteien, insbesondere der Zentrumspartei, überlassen werden mußte.

Wie auf allen Gebieten, so wurden wir auch in sozialpolitischer Hinsicht durch den Krieg hart zurückgeworfen. Unsere Kriegsverluste an Menschenzahl und Volksgesundheit sind enorm. Rund zwei Millionen Menschen einschließlich der Vermissten, die wohl auch meistens tot sind, sind gefallen. Etwa 800.000 Angehörige der Heimat sind infolge der Hungerkatastrophe zu Grunde gegangen. 4 Millionen Kinder sind weniger als sonst geboren worden. Dazu kommen noch 6 Millionen Menschen in Gebieten, die wir abtreten müssen, und 3 Millionen, die durch Abstrichungen gefährdet sind. Noch viel schwerer ist aber die Einbuße an Volksgesundheit. Die zwei Millionen Gefallenen stellen die Hälfte Deutschlands dar. Frauen und Kinder sind infolge der Unterernährung hochgradig geschwächt, englische Krankheit, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten haben einen ungeheuren Umfang angenommen. Wir wandeln in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht noch auf Moorboden und stehen auf wohnungspolitischen Gebieten noch vor Schwerkriegsruinen von ungeahnter Größe. Einem großen Teile unseres Volkes hat sich eine Zustandslosigkeit bemächtigt, die Jugend ist vermisert, von Selbstbildnis kein Rede. Wie sich ehemals die Stimmung der Bevölkerung gegen die Arbeiter- und Soldatenräte wendete, so kehrt sich jetzt die Unzufriedenheit gegen die Nationalversammlung. Deren Leistungen sind besser als ihr Ruf. Früher wurde in zehn Jahren nicht das geschaffene, was die Nationalversammlung in einem Jahre geleistet hat. Das größte Verdienst liegt natürlich noch zu tun. Dafür ist zunächst erforderlich, daß wir wieder Vertrauen zu uns selbst gewinnen. Wir müssen insbesondere bei den wirtschaftlichen Unfällen nur noch zu jammern und jehwehes Selbstbewußtsein bemerken zu lassen. Wir haben vieles, aber nicht alles verloren. Mut und Selbstvertrauen müssen wieder gewonnen werden. Weiter müssen wir unaufhörlich gegen den **Friedensvertrag protestieren**. Der Protest muß das ganze deutsche Volk ergreifen, nicht bloß einzelne Personen. Wir müssen insbesondere bei den wirtschaftlichen Unfällen den ganzen Willen gegen den Gewaltfrieden aufweisen. Gegen den einmütigen Willen eines 80-Millionenvolkes kann auf die Dauer keine Macht der Welt ankommen. Alle ausgesprochenen Elemente müssen sich jöhann entsinnen, daß lediglich mehr Produktion, mehr Arbeit und retten kann. Höher Gehälter und Löhne allein bedeuten nichts. Ansbewerber muß die Arbeit im Verbrauch und im staatlichen Verbrauchsgüterbereich sich ungestört vollziehen. Beide stellen heute den **Präsidenten** dar für sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Wenn wir heute die Kohlenproduktion um 50 Prozent steigern könnten, wären wir in wenigen Monaten aus dem Größten heraus. Dann könnten wir **Kunststoffe** (Erdöl, Kohle und Ammoniak) herstellen. Alle Bestrebungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bleiben stillstehend, so lang der Landwirtschaft nicht ausreichend Kunststoffe zur Verfügung gestellt werden kann. Und dieser läßt sich nur erzeugen durch die Kohle. Haben wir Kohle, dann ist die Arbeitslosigkeit hunderttausender Arbeiter der ablägen Industrien behoben. Die Arbeiterschaft hat sich klar zu werden, daß keine Staatsform, auch die vollkommenste Demokratie nicht, die letzten tiefsten Gründe des wirtschaftlichen Geschehens beseitigen kann. Alle sozialen Gesetze sind Papier, wenn die Produktion eines Landes zurückgeht. Die Arbeiterschaft hat die politische Macht erlangen, aber durch die Vernichtung der gewerkschaftlichen Disziplin ist sie, wie Calwer jüngst gesagt hat, im Besitz, ihre wirtschaftliche Basis zu zerstören und so zu einem Notstande herabzufallen, wie es die Weltgeschichte nie gesehen hat. Die Arbeiter müssen zum Bewußtsein ihrer **Ständesehe kommen**. Das bedeutet, daß sie in ihren eigenen Reihen die zeitlichen Elemente rücksichtslos beseitigen. Der Staat allein kann das nicht. Aber auch er muß durchgreifen, sobald die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt sind.

Am Hinblick auf unsere gegenwärtige Lage und unsere hauptsächlichsten Volkswirtschaftlichen Bedürfnisse.

**Wichtige Sozialpolitik**

in der Hauptsache vor zwei großen Aufgaben, erstens, den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und Wollherstellung und zweitens die **Verbilligung** unserer Wirtschaft. Die Sozialpolitik darf sich nicht mehr auf die Fürsorge für die wirtschaftlich Notleidenden mit Hilfe wirtschaftlicher Güter erstrecken, sondern sie hat ebenso sehr ihre Betätigung auf die geistige und seelische Gesundheit des Volkes zu lenken. Der Geist ist das Grundgebäude, es ist der Geist, der **Nächstenliebe**, der **Gottesliebe** und der **Bernunft**

in allen Fragen. Sozialpolitik hat zu sein die allezeit bereit Dienerin der sozialen Gerechtigkeit. Sie hat in erster Linie zu sein eine Wollherstellung für die Gesundheit, auf daß sie gesund bleiben und sich körperlich und seelisch gesund entwickeln können. Sie hat in zweiter Linie zu sein die Sorge für die wirtschaftlich zu Lebenden Gekommenen, auf daß sie sich wieder erholen. Vieles könnte gemeinsam gepflegt werden auf dem Gebiete der Körperpflege, der Volksgesundheit, der Politik, der Wirtschaft, der Kultur usw. Daneben könnten die Sonderbedürfnisse gepflegt werden für Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Handwerk usw. Ein solches gemeinsames Dienstjahr, richtig durchgeführt, wird aus auf dem Gebiete der Klassenverbändung, des gegenseitigen Verständnisses zwischen gebildeten und breiten Volksschichten zwischen Stadt und Land, zwischen Erzeuger und Verbraucher weiterbringen wie die letzten 10 Jahre deutscher Geschichte.

Ein weiteres Schwerkriegsgebiet unserer künftigen Sozialpolitik liegt auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Wirtschaft muß verbilligt werden. Das hat mit Sozialisierung im bisherigen Marxistischen Sinne nichts zu tun. Das Profitstreben darf nicht den allzu großen Nützlichkeits der Wirtschaft abgeben. Erhaltung des Privateigentums und privatkapitalistische Denkweise sind durchaus nicht ein und dasselbe. Das Privateigentum übt gute Funktionen in der Gesellschaft aus, es hebt die Arbeitslust, die Initiative, die Strebsamkeit, die Sparsamkeit. Was aber mit größtem Nachdruck bekämpft werden muß, ist die ungesüßelte Profitgier, die Wammomonisierung unseres öffentlichen Lebens. Es muß endlich ernst gemacht werden mit der Verbilligung des Lebens und Buchtums, vor allem mit der Verbilligung der Volkswirtschaft, die sich nicht scheuen, die mühseligen Produkte eines angepöbelten Volkes mit schändlichem und profitgierischem Machen den Kaufmann dieses selben Volkes in den Rücken zu werfen. Hier hilft nicht Limonade der fäulischen Empörung und Juristenweisheit, hier helfen nur **Justitia** und **Todesstrafe**. Dieses **Geistes** ist nur um sein Leben bangen, also muß es dabei gepakt werden. Das alte **Wort** „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ muß mit aller Strenge durchgeführt werden. Kampf den Faulenzern von oben, aber auch den Arbeitsunlustigen von unten.

Dem **Wohnungsproblem** ist künftig die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, sowohl auf sachlichen wie auf politischen Gebieten. Andersfalls können wir schon in kurzer Zeit auf dem Wohnungsmarkt sehr Schlimmes erleben. Auf dem Gebiete der Wohnungsreform hat die Regierung ein lazes Programm. Bei der Wohnungsreform wird noch viele Jahre von einer freien Wirtschaft keine Rede sein können. Die Rohstoffknappheit (Zement, Kalk, Ziegelsteine, Eisenträge) wird noch so lange bestehen, als die Kohlenknappheit andauert. Auch die **Wohlfahrtspflege** steht vor ungeheuren Aufgaben. Der Staat allein kann die Mittel dafür nicht aufbringen. Die private Wohlfahrtspflege ist heute bedeutend eingeschränkt worden, durch die allgemeine Verarmung und das Reichsnotopfer. Die Mittel für die Wohlfahrtspflege werden künftig nur noch auf der breitesten Basis gewonnen werden können.

Die politischen Parteien, auch die Zentrumspartei, befinden sich gegenwärtig in einem Übergangszustand. Das ist im Hinblick auf die gewaltigen Ummächtigungen des letzten Jahres selbstverständlich. Wenn wir uns über folgende Dinge klar werden, werden wir uns allmählich wieder befinden. Deutschland konnte sich jahrhundertlang auf den verschiedensten Gebieten im Vergleich zu anderen Ländern nicht ausrichten entfalten. Das Bewußtsein haben wir in wenigen Jahrzehnten nachgeholt versucht. Dazu haben wir uns übernommen und haben einen Zusammenbruch erlitten, wie nie ein Volk in der Geschichte. Wir sind ein völlig armes Volk geworden. Wir müssen daher unsere gesamte Politik nach ganz anderen Maßstäben orientieren. 1914 hatten Reich, Einzelstaaten und Gemeinden etwa 20 Milliarden Reichsmark Schulden, also fast ebenso viel, wie ehemals unter geamtes Volkswesen betrug. Unsere Acker, Wäldungen, Häuser, Hauswirtschaften gehören nicht mehr uns, sie sind veräußert an das Geld, das heißt praktisch sozialisiert. Der Streit um den Sozialismus ist bei solchen Sachlage nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern eine Form- und Zweckmäßigkeitsfrage. Früher hatten wir einen selbstständigen Staat, eine blühende Wirtschaft, ein dem Königum erhabenes Neuentum, ein starkes Meer. In solcher Zeit konnte man sofalls mit einem Dreifachstem regieren. Alle diese Säulen sind jetzt zusammengebrochen. Wenn man sich künftig im politischen Leben durchsetzen will, sind notwendig starke Parteien und Melancholienparteien. Die Systeme des Herrn Dr. Heim sind für die Zentrumspartei nicht annehmbar, meines Erachtens aber nur als Episode anzusehen. 12 bis 15 Mann bedeuten im Reichtum der parlamentarischen Demokratie, wo mit jeder Mehrheit gearbeitet wird, weniger, wie früher die Polen im alten Reichstag bedeutet haben. Abgeordnete die gegenwärtig noch kleinen Parteien annehmen, können ebenso auf zu Hause bleiben. Wir brauchen weiterhin in der Zukunft **Melancholienparteien**. Nicht bloß unsere Wirtschaft, sondern unser ganzes nationales Leben ist zusammengebrochen. Es muß nach einheitlichem Plane aufgebaut werden. Die wirtschaftlichen Fragen werden zudem künftig in der Hauptsache in dem Reichswirtschaftsrat vorgearbeitet und zur Regierung gebracht werden. Die Landpartei, die von rechts erstrahlt wird, ist ein Advers. Sie bedeutet dauernde Kolierung und Einflußlosigkeit der Landwirtschaft, bedeutet die Verarmung des Kampfes zwischen Stadt und Land, bedeutet das Entgegensteigen des Geistes, den wir für den Wiederaufbau Deutschlands bedürfen.

Mit der Wendezeit der Verfassung und der Wirtschaftsformen allein ist der Wiederaufbau Deutschlands nicht möglich. Daneben ist nötig eine

**tiefe sittliche Läuterung des deutschen Volkes.**

Diese kommt nicht von oben, sie muß aus dem breitesten Volksschichten kommen. Ein Amerikaner hat vor Wochen einmal ausgesprochen, daß gegenwärtig noch gar nicht feststehe, worin in Wirklichkeit den Krieg verloren habe, das werde sich erst in vielleicht einwärtig Jahren entscheiden. Dann werde sich herausstellen, welche Willenskräfte bei den Siegenden und den unterliegenden Willen aus den großen Geschäften der Gegenwart aufgelöst worden sind. Die Stunde ist gekommen, wo die Massen nicht mehr bloße Paragrafen und einzelne Gesetze sehen wollen, sie wollen sich wieder gruppieren um große Ideen, um willensstarke, sittlich geklärtere Persönlichkeiten. Selbst sozialdemokratische Führer vertreten den Standpunkt, daß aus dem Jammer unserer Tage in absehbarer Zeit eine große religiöse Welle sich erheben werde, Wägen wir diese Stunde, arbeiten wir mit Nachdruck mit am geistigen Wingen unserer Zeit, schaffen wir uns ein gutes Programm, eine wahre christlichsoziale Volkswirtschaft, machen wir Politik nach leitenden Ideen und großen Linien, dann wird die christliche Volkspartei die Reichsgründungspartei, die Partei der Zukunft!

**Die Helfferich-Attake**

Von unserem Berliner Vertreter.  
Politische Prozesse sind „Erregungsmittel“ des Parlamentarismus. Die Erfahrungen in anderen Ländern haben freilich dargetan, daß dieser immer auf „Erschütterungen“ abzielt, um Wesen und in der Tendenz nichts anderes als auf die Abschaffung politischer Regner hinstellende Prozesse durchaus keine Bereicherung des politischen Lebens sind. Ebenso wie sie eine Verfeinerung des politischen Sitten und Gebrauchs oder eine höhere Entwicklungsstufe der Wohlstandigkeit erkennen lassen.

Einen vollständigen Beweis für diese These erbrachte der ehemalige Staatssekretär Dr. Helfferich schon gleich zu Beginn seines Vernehmung in dem Prozeß, den Erberger gegen ihn angestrengt hat. Helfferich schuf sich ein Podium für seine politische Agitation. Dieser „große“ Mann, der in seinen Artikeln gegen Erberger das allerhöchste Geschick ausführt und mit den dicksten Beleidigungen operierte, spielte den Enttäuschten, weil Erberger ihn „den leichtfertigen Finanzminister“ genannt hat. Wie man überhaupt immer und immer wieder beobachten konnte, wieder bei diesem Vorgehen Helfferich auf persönliches, auf geldwerte Gesicht zurückzuführen ist. Sollte man es ihm möglich halten, daß Helfferich, der nach seinen eigenen Worten Erberger ein für allemal aus dem politischen Leben ausmerzen möchte, seinen Kampf gegen Erberger dadurch auf eine breite Basis stellen zu können glaubt, daß er auf Dinge zurückgreift, die 17 Jahre zurück-

breite Dienerin  
sein eine von  
sich fürperlich  
er Linie zu sein  
auf daß sie  
ngt werden auf  
der Politik, der  
bedürfnisse  
Handwerk ist  
wird uns auf  
Verfahrens wei-  
und Vant.  
Die letzten 50

gen, sondern daß er auch dem Privatleben Erbergers in einer Weise nachsicht, die selbst auch von seinen engsten Freunden wohl nicht als einwandfrei betrachtet werden dürfte. Man ist freilich in der Verwonderung der politischen Kreise auch bei uns schon öfters über die gütliche Behandlung des Verurteilten der Heberzeugung, den Herrscher an- schuldig, als er Dinge vorbrachte, die bis zum Uebermaß in der Offen- lichkeit behandelt wurden, denselben Pathos entwickelt er, wenn er in nicht mißzuverstehender, ja geradezu ungemein gefälliger Weise auf Erbergers körperliches Aussehen und auf Erbergers angebliche Vor- liebe für materielle Genüsse anspielt. Welch ein Niveau! Und solche Dinge entbehrt sich Herrscher, des Deutschen Reichs einstiger Staats- sekretär, nicht, der Gericht zu zerrn und den Gerichtssaal damit zum Schauplatz einer auf niedriger Stufe stehenden Paradedramatik zu machen, in welcher es erlaubt ist, an gewisse Instanzen des Pöbels zu appellieren. Was Wunder, daß Herrscher, der sich absolut nicht als Angeklagter fühlte und auf die immer dringlicher werdenden Vorstel- lungen des Vorsitzenden ebenso wenig Wert legte wie seinerzeit im pa- rlamentarischen Untersuchungsprozeß, auch noch all die ebenso bis zum Uebermaß bekannten politischen Anklagen gegen Erberger und sein Wirken erhob.

Ein Grauen mochte die Richter erfassen ob der Aussicht, die sich bei solcher Einleitung für die Führung dieses Prozesses ergab. Der Oberstaatsanwalt Krause verfuhr die Grenzen zu strecken, politische Fragen sollten ausgeklammert werden. Wie konnte denn dieses Gericht die Frage der Ansicht über der Ansichtlosigkeit der englischen Pri- densation und vielen anderen politischen, von Herrscher in die Debatte gezogenen Dinge prüfen oder gar beurteilen? Man müßte, so meinte der Oberstaatsanwalt sehr zurecht, nicht nur eine Unmenge Besagen aus Deutschland, sondern auch aus der ganzen Welt vernehmen und auch dann könnte man noch nicht zu einem abschließenden Urteil kommen.

So erregt die Ausführungen Herrschers auch waren, so wich- tungslos mußten sie bleiben angesichts der allen Jähzorn und natür- lich auch den Richtern unverkennbaren persönlichen Verehrtheit, die aus diesen Worten sprach. Erberger war es nicht allzu schwer gemacht, den Ausführungen Herrschers zu begegnen. Er betonte, daß er den Wahrheitsbeweis seines Kenners mit Ruhe entgegenstehe. Die Kontro- verse, die Herrscher durch seine Ausführungen entfesselt hatte, konnte Erberger leicht abtun durch einfache tatsächliche Feststellungen. So weit politische Dinge dabei in Frage kamen, hat Herrscher Neues ja auch nicht zuzusetzen zu fördern gesucht. Es ist ja auch ein Umstand, in Gerichtsverhandlungen politische Notwendigkeiten oder über das, was ein Abgeordneter in Erfüllung seiner politischen und parlamentarischen Pflichten für erforderlich hält, etwa ein gerichtliches "Werturteil" schiel- len zu wollen. Das hat mit aller Deutlichkeit der Oberstaatsan- walt angedeutet, der auch die Unmöglichkeit solchen Verfahrens allein unter Geltendmachung juristischer Gründe, von den politischen ganz abgesehen, verwies.

Für Herrscher ist dieser Prozeß eine durch und durch persönliche Sache. Es wurde vor Gericht auf die Frage des Vorsitzenden schwe- ren, daß Herrscher von Anfang seiner Tätigkeit im Reichsdienste an auf die Gegnerschaft Erbergers sich, und Erberger brüskiert die Gegnerschaft und führte für sie politische Gründe ins Feld. Als weite- res Haupt seines Vorgehens nennt Herrscher das Motiv der Zukunfts- sorge, um damit dem deutschen Volk zu nähern, während Erberger andererseits ebenfalls für sich in Anspruch nimmt, bei allem, was er getan hat, nur dem Wohle von Volk und Land dienlich gewesen zu sein.

So stehen sich die Kämpfer in scharfer Frontstellung gegenüber, Herrscher mit einem leidenschaftlichen, ungestümen Temperament, das ihn ruhiger Heberzeugung beraubt und ihm die Wahl selbst schroffste Mittel für erlaubt gelten läßt. Auf der anderen Seite Erberger, der wahrhaftig auch ein überaus ruhiges Temperament, aber stets der vollsten Zweckmäßigkeit sich bewußt und als der diplomatisch Ge- wandtere und als der Klügere sich erweist. Man wird mit dem größten Interesse den Fortgang der Verhandlungen folgen müssen, wobei es, wie das bei jedem Gerichtsverfahren selbstverständlich ist, erst nach Abschluß des Weisensmaterials und seiner gerichtlichen Würdigung möglich ist, ein zusammenfassendes Ur- teil abzugeben, das in diesem Falle freilich von nicht geringer politischer Bedeutung sein wird.

Berlin, 21. Januar. In dem Prozeß Erberger gegen Herrscher hat Herrscher behauptet: Es ist bald ein halbes Jahr her, daß ich mich das erste Mal an den Reichspräsidenten gewandt und mich für eine Unterredung zur Verfügung gestellt habe. Demgegenüber ist festzu- stellen, daß Herrscher nur einmal in der Angelegenheit Erberger sich an den Reichspräsidenten gewandt hat, und zwar mit einem Schreiben vom 17. August 1919, in dem er verlangt, daß eine Festnahme des seinen Anschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts in die Wege geleitet wird. Darauf war er bereits am 21. August 1919 im Besitz der schriftlichen Antwort des Reichspräsidenten, in der unter Bezugnahme auf einen Kabinettsbescheid vom 16. August mitteilt wurde, daß auf Antrag des Reichsfinanzministers das Strafverfahren gegen Herrscher beanlagt sei.

Willebrands Programm

Paris, 21. Januar. Wie unter dem Vorhild Willebrands abgehalten, Willebrand bildete die Richtlinien der militärischen Ge- staltung, die von Willebrand in der Kammer und von L'Espèran in Senat verlesen werden wird. Hauptstück der kühneren Politik wird die Willebrand-Kabinetts, der im Einvernehmen mit den Alliierten verkündeten Politik sein zu bleiben, zum Ausdruck gelangen. Der Vertrag von Versailles müsse voll und ganz durchgeführt werden. Der Kaiserbund könne in dieser Hinsicht ein wertvolles Hilfsmittel werden.

Über die innere Politik wird berichtet, daß Frankreich die neuen Steuern auf sich nehmen müsse, um die Kriegskosten bezahlen zu können. Die soziale Frage wird nur in einer Erwägung Raum gewährt, die, im Geiste des Walder-Rosenfeldschen Programms gehalten, lautet: Das Kapital muß arbeiten, die Arbeit muß zum Wohle gelangen. Wichtig ist es in der Erklärung, daß die Regierung sich nicht in konfessionelle Dinge mischen werde. Die Trennung von Kirche und Staat bedeute nicht einen Kriegszustand, sondern ein freies, freies Regime. (M. Z.)

Die Auslieferungfrage

Rotterdam, 21. Januar. Wie der "Courant" aus London meldet, sagte Paulson, daß die Alliierten zu Zwangsmaßnahmen entschlossen seien, um die Auslieferung Wilhelms II. zu er- zwingen. Welche Strafe den Kaiser treffen, könne er nicht voraus- sagen, es sei aber nicht unmöglich, daß das Urteil auf lebens- längliche Einsperrung laute.

Rotterdam, 21. Januar. Laut "R. N. C." meldet "Globe" aus Paris, Lloyd George sei ganz besonders darauf aus, den Kai- ser vor Gericht zu bringen.

Paris, 21. Januar. Clemenceau und Ritti nahmen den Vorschlag Janaces und des englischen Vordanzlers wegen der von Deutschland auszuliefernden Schuldigen an.

Die adriatische Frage

Paris, 21. Januar. Die jugoslawische Friedensdelegation erhielt heute nachmittag 4 Uhr die Antwort der Belgrader Regie- rung hinsichtlich des von Clemenceau, Lloyd George und Ritti aus- gearbeiteten Planes zur Lösung der adriatischen Frage. In dieser Antwort unterbreitet die Belgrader Regierung folgende Vor- schläge:

- 1. Südslawien verzichtet darauf, die Herrschaft über Fiume zu fordern, und willigt ein, daß dieses unter die Oberhoheit des Völler- bundes gestellt wird, dem auch die diplomatische Vertretung übertragen wird.
- 2. Südslawien willigt gleichfalls ein, daß die in Dalmatien ge- legene Stadt Zara als unabhängige Stadt erklärt und unter den- selben Bedingungen wie Fiume unter die Oberhoheit des Völlerbundes gestellt wird.

3. Südslawien willigt ein in die Annahme der Inseln Duffin und Pesagoja von Italien.

4. Der serbisch-kroatisch-slowenische Staat geht den italienischen Dalmatiern, die einige tausend Personen umfassen, das Recht zu, für Italien zu optieren, ohne das Gebiet der Südslawen verlassen zu müssen.

5. Der serbisch-kroatisch-slowenische Staat gibt seine Zustimmung, daß die von italienischen Staatsangehörigen hinsichtlich ihrer industriellen Unternehmungen in Dalmatien erworbenen Rechte durch ein internationales Abkommen verbürgt werden.

6. Die Südslawen erklären sich mit der Demilitarisierung der adriatischen Inseln einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß Vizza, welche ganz von Slawen besetzt wird und wirtschaft- lich mit Dalmatien verflochten ist, dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staat verbleibt.

Die Belgrader Regierung weist jedoch jeder Herberung an der Wilsonschen Linie sowohl in Richtung von Senzatsch als auch von Volosca-Radagaja zurück. Was Albanien betrifft, wünscht die Belgrader Regierung, daß dessen Unabhängigkeit anerkannt wird. Wenn das aber nicht der Fall wäre, würde sie sich den Vor- schlägen der alliierten Regierungen anschließen. Diese Jugoslawenfrage, so wird in der Antwort ausgeführt, die neben der Aufgabe von 400 000 Südslawen, welche durch die Wilsonsche Linie innerhalb der italienischen Grenzen zu wohnen können, gewährt werden, stellen für Südslawen das Hauptrecht dar, was angeboten werden kann, um mit Italien zu einem freundschaftlichen Abkommen zu gelangen. Die Regierung hofft, daß diese Jugoslawenfrage in verständlichem Verhalten der italienischen Regierung ebenso wie in der Mäßigkeit der Alliierten ihr Gegenstand finden werden.

Amsterdam, 21. Januar. Neuer meldet, daß die Antwort der Südslawen auf die Vorschläge zur Regelung der adriatischen Frage nicht als befriedigend angesehen werde. Den Südslawen wurde bedeutet, daß sie die Vorschläge des Obersten Rates annehmen oder sich dem Fall von London zu unterwerfen hätten. Ritti ist nach Rom abgereist und Lloyd George nach London. — Den jugoslawischen Delegierten ist eine Frist von vier Tagen gegeben worden, die Kompromißvorschläge anzunehmen.

Bündnis zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei?

Wien, 21. Januar. Die Besprechung der Pariser Humanität zur Prager Krise des Staatskanzlers Dr. Renner findet in der hiesigen Presse harte Beachtung. Die Reichspost schreibt dazu: Aus der Prager Reise haben sich mehrere Tatsachen ergeben, die auf eine politische Neuerung hindeuten. Es wäre eine erste Sache, wenn tatsächliche Vorbereitungen beständen, daß wir unter die Völkerverbände der Prager tschechischen Politik kämen. Auch die Prager Zeitung meldet aus Wien vom 18. d. M., daß Staatskanzler Dr. Renner im auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung über ein in Prag zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei abgeschlossenes Schug- und Trup- pübündnis Bericht erstattete. Zwischen dem Jenseits des Vertrages kann man deutlich sehen, daß auch Truppenanstellungen in Preßburg vorgesehen sind zum Einmarsch in dem nach dem Friedensvertrag zu fallenden Teil Deutsch-Westungarns, um es für Oesterreich gegen Ungarn zu verteidigen und gleichzeitig den von den Tschechen angestrebten Korridor nach Jugoslawien zu schaffen.

Deutsch-holländisches Kreditabkommen

Haag, 21. Januar. Der angekündigte Vertrag zwischen den holländischen und deutschen Regierung über die Gewährung eines holländischen Staatskredits von 200 Millionen holländischen Gulden zum Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln ist gestern ab- geschlossen worden. Die Verzinsung beträgt 5 Prozent. Das von Deutschland an Holland zu liefernde Rohstoffquantum ist mit einer Million Tonnen Steintohl jährlich festgesetzt.

Der Kredit ist ein sogenannter Revolving-Kredit, der bei Staatskrediten bisher noch nicht gewährt worden ist. Er zerfällt in zwei Teile, einen Kredit von 60 Millionen Gulden zur Beschaffung von Lebensmitteln und einen Kredit von 140 Millionen Gulden zur Beschaffung von Rohstoffen.

Neben dem Wirtschaftskredit geht ein Kohlenabkommen einher. Auch dieses zeigt Regierungen, die große Stabilität ge- wahren. Es werden regelmäßig 90000 Tonnen monatlich ge- liefert werden, und zwar zu einem Preise, gleich dem Durchschnitts- preis, den England und Amerika für Holland erzielen. Die Bezah- lung der Kohlen erfolgt nicht etwa aus dem 200-Millionen-Kredit, sondern wird von Holland unabhängig von dem allgemeinen Kredit- abkommen beglichen.

Wie er'en Gefangenen zurückgekehrt

Berlin, 21. Januar. Nach einer Kammer Meldung traf heute morgen gegen 6 Uhr der erste Zug mit tausend Kriegsge- fangenen aus Frankreich in Querwesthal ein. Ihm folgte in langer Zeit ein weiterer Zug mit weiteren tausend Kriegsgefangenen. Ein dritter Zug ist im Anzuge und wird in vier Stunden an der Grenze erwartet. Damit hat endlich die von Heberwindung enorme Schwierigkeiten ins Wert geleitete Rückführung unserer Landsleute aus Frankreich begonnen.

Rundgebungen im westpreussischen Abstimmungsgebiet

Danzig, 21. Januar. Die großpreussischen Rundgebungen im west- preussischen Abstimmungsgebiete haben gestern unter starker Betei- ligung in den vier Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg stattgefunden und einen eindrucksvollen Verlauf genommen. Alle Versammlungsräume waren überfüllt. Es sprachen Nebenher aller in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten politischen Par- teien. In den Versammlungen in Marienburg wurden Entschlüsse angenommen, die folgenden übereinstimmenden Wortlaut haben: Mehrere tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Erdensiedel versammelt sind, geloben nach Inkrafttreten des Friedens- vertrages noch einmal feierlich gleich ihren Vorfahren treues und einmütiges Festhalten an Deutschland. Das west- preussische Abstimmungsgebiet ist urdeutscher Boden, durch deutsche Männer besiedelt und durch deutschen Fleiß, deutsche Tätig- keit und deutschen Ordnungssinn zu einer glänzenden kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gebracht worden. Dieses urdeutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen, wollen wir dem deutschen Vaterland erhalten. Westpreußen ist eine Stätte deutschen Kulturarbeit. Die durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können nicht erlöschen. Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Gott schütze Westpreußen.

Entschlüsse gleichen Inhalts sind auch in den übrigen Orten angenommen worden.

Die Räumung

Königsberg, 21. Januar. Das Wehrkreiskommando 1 teilt mit: Die Räumung des an Polen abzutretenden Gebietes des Wehr- kreiskommando 1 ist beendet. Die Landesstelle bei Soltau und Lan- denburg, sowie Kreis Soltau waren am 19. Januar, 1 Uhr nachmittags, planmäßig geräumt. Die Uebergabe ist ohne Zwischenfall vollstän- dig geschehen.

Berlin, 21. Januar. Die Nachricht der "Times" aus Warschau, daß in Thorn eine Kaserne und andere militärische Anlagen durch deutsche Truppen vor dem Abzuge geräumt worden seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Der Abzug der deutschen Truppen hat sich in Ruhe und Ordnung vollzogen.

Die Räumung

Kiel, 21. Januar. Wie die "Kieler Zeitung" aus Haders- leben meldet, zogen heute nachmittag 3 Uhr 250 Mann franzö- sische Truppen dort ein.

Danzig, 21. Januar. Bei den Danziger Behörden sind bisher 188 demnachst entretende Befragte für Danzig angemeldet worden 188 Offiziere, 4788 Mann, außerdem 1200 Pferde. Die Truppen setzen sich im wesentlichen zusammen aus einem Korpsstab, einem Di- visionstab, zwei englischen Infanteriebatalionen, einem französischen Infanteriebatalion, einer Artilleriebrigade mit vier Batterien, einem

Maschinengewehrbatalion, zwei Bionkelkompanien, einer Sanitäts- kompanie sowie zwei Feldlazaretten, zwei Proviantkompanien, einer Fernsprechkompanie, einer Kraftwagenkompanie und einem Pionierbataillon.

Trauerlandgebung der preussischen Landesversammlung

Berlin, 21. Januar. Die heutige erste Sitzung der preussischen Landesversammlung nach dem Wechselschritt wurde mit einer ein- wandlosollen Trauerlandgebung der preussischen Landesversamm- lung infolge des Inkrafttretens des Friedensvertrages eingeleitet. Wie- Präsident Dr. Koch verlas nach Eröffnung der geschäftlichen Einlei- tungen namens der Landesversammlung folgende Trauerlandgebung, die von den Mitgliedern sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, lebhaft anerkannt und mit großem Beifall aufgenommen wurde:

Während der Verhandlung ist der große Friedens- vertrag in Kraft getreten, der dem deutschen Volk in Versailles anerkannt worden ist. Unter vollkommener Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden, aller Gerechtigkeit un- trost, ohne jede Befragung weite Gebiete von Preußen losgerissen, deren leuchtendste Bevölkerung durch jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Preußen durch die Fiktion und Mährerhaltung Preußens auf einen hohen Stand der Kultur gehoben worden ist. (Beifall.) Die preussische Landesversammlung nimmt einstimmig, wie ich feststellen kann, mit dem Gefühl tiefer Trauer von dieser überaus schmerzlichen Tatsache Kenntnis. (Allgemeine Zustimmung.) Aber die Bevölkerung dieser Gebiete wird damit nicht vom deutschen Stamm, von der deutschen Kultur, vom deutschen Geistesleben, von der deutschen Sprache losgerissen! (Beifall.) Die bestehende Gemeinamkeit kann auch die aramäische Gewalt nicht trennen. Wir geloben uns, abgetrennten Stammesgenossen Treue für immer zu leisten und wissen, daß auch sie uns diese Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Ge- rechtigkeit der Weltgeschichte sie mit uns wieder vereint.

Neue Zeitungsgesetze

Kiel, 21. Januar. Die Kieler Zeitung Republik der Un- abhängigen ist bis auf weiteres verboten worden.

Kassel, 21. Januar. Wegen aufreigender Artikel hat die Volksstimme in Schmalkalden und das Ostthüringer Volks- blatt auf 14 Tage, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Süddeutschlands die Volksmacht auf 10 Tage verboten worden.

Witere Verhaftungen von Anführern

Bremen, 21. Januar. Dr. Levy, der Leiter der kommunistischen Bewegung in Berlin, welcher gestern in einer von etwa 4000 Personen besuchten Versammlung im hiesigen Kasino sprach, wurde heute morgen auf Grund eines von Berlin vorliegenden Haftbefehls von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet. Dr. Levy, welcher bei einem Straf- wahlverfahren verurteilt war, wurde, als die Beamten erschienen, zu entfliehen. Er wurde aber auf dem Dache des Hauses gefasst und festgenommen. Die Verhaftung hängt jedenfalls mit den letzten De- monstrationsveranstaltungen in Berlin zusammen, bei denen Dr. Levy an- scheinend eine führende Rolle gespielt hat.

Halle, 21. Januar. Der Militärbehörden des früheren Sol- datenrates, Leutnant Ferschlandt, wurde heute vom Militärgericht wegen Aufregung gegen die Reichsregierung, Verwahrung von Ar- beitem, Aufhaltung von Transportfahrzeugen und Freiheitsberau- bung zu fünf Jahren Gefängnis und Ausstoßung aus dem Ge- rechte verurteilt.

Außererfolgung der Reichsilbermünzen

Berlin, 21. Januar. Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung des Silberpreises ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen. Infolgedessen sind diese Münzen völlig aus dem Verkehr gekommen, so daß sie tatsächlich als Zahlungsmittel keine Anwendung mehr finden. Mit Rücksicht darauf behielt die Reichsbank, sämtliche Reichsilbermünzen in aller- nächster Zeit außer Kurs zu setzen. Um diese außer Kurs zu setzenden Münzen dem deutschen Wirtschaftslieben nutzbar zu machen, faulen auf Anordnung des Reichsbankdirektors die Reichsbank- kassette und sämtliche Zweigstellen der Reichsbank die Silbermünzen mit zu einem dem Marktpreis des Inlandes entsprechenden Preis, und zwar bezahle sie für das Schmarokk 0,60 M., das Zwi- markstück 1,20 M., das Dreimarkstück 1,80 M., das Fünfmarkstück 2,40 M., das Sechsmarkstück 3,00 M., das Achtmarkstück 3,60 M., das Zehnmarkstück 4,20 M. Für einen alten Taler werden auf Grund dieses höheren Preiswerts 21,60 M. gezahlt. Voraus- setzung für die vorstehenden Preise ist, daß die Münzen halberwertig haben. Bei leichteren Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Nachrichten aus Sachsen

Das Urteil im Warth-Prozeß

Leipzig, 21. Januar. Das Reichsgericht verurteilte den früheren sächsischen Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten Carl August Warth wegen verurteilten Landesverrats und Auf- stellung zum Verzug des Reichsmunitionsgesetzes zu drei Jahren Gefängnis und Verleihung des von ihm bekleideten öffentlichen Amtes.

Die Weisung Leipzigs aufgehoben

Leipzig, 21. Januar. Heute mittag ist die militärische Weisung Leipzigs aufgehoben worden.

Vertreter des Auswärtigen sachsenweiser Wenden wurden am Montag vom Unterrichtsminister Dr. Seuffert emp- fangen. Der Minister erneuerte dabei u. a. die von seinem Vor- gänger gegebene Befehle, daß die Weisung der Reichsschulrat- amter in Saagen Kamen im Einvernehmen mit dem Aus- wärtigen sachsenweiser Wenden gesehen soll. Zugleich handelt es sich bekanntlich um den Posten des Reichsschulrates zu Saagen, der durch den demnachst zu erwartenden Rücktritt des Oberlehrers Bach frei wird.

Aus Dresden

Nebenmittelskostenbefreiung für die Stadt Dresden jenseitige Anstaltseinrichtungen.

Erhöhung der Milchpreise. Die seit der letzten Preis- festsetzung im September 1919 durch die allgemeine Lenzung merklich gestiegenen Milchpreisen, dazu die am 1. Januar 1920 in Kraft getretene neue Umfassung, sowie die seit einer Woche be- währten Bohrerhöhenungen waren leider eine beträchtliche Erhöhung der Milchpreise nötig. Die Preisprüfungsstelle hat nach eingehender Prüfung der von den Milchhändlern eingereichten Unterlagen die Erhöhung auf Erhöhung des Kleinhandelspreises für Rohmilch auf 1 M. und für Mager- oder Buttermilch auf 60 Pf. das Liter für Dresden als berechtigt anerkannt. Das Wirtschaftsministerium hat diese Preise für die Stadt Dresden genehmigt. Die neuen Preise gelten ohne Unterschied, ob die Milch im Leben abgenommen oder in die Wohnung des Verbrauchers gebracht wird, so daß der früher geltende Aufschlag von 4 Pf. auf das Liter beim Wechselschritt in die Wohnung in Weisung kommt.

Feuer im schlafenden Pieschen

Feuers löst man wohl in Dresden das böse Wort: "Pieschen jählt!" oder auch das andere: "Nun denn aus Pieschen etwas Gutes kommen?" Aber ist das gerecht? Pieschen hat doch bei den letzten Wahlen um 50 Prozent besser gestimmt, als der ak- tuelle Durchschnitt. — nach Zahl der Stimmen und abgegebenen Stimmenzahl gerechnet — in ganz Dresden beträgt, das löst wohl einen anderen Schlag zu. In der Tat ist die Zahl der Wähler und ihre Tätigkeit nicht geringer als anderswo. Nur fehlt hier der emige Schreiber, der sofort alles dem Landboten meldet. Heute müssen wir Pieschen einmal ganz dringend um Hilfe bitten. Um den Bestand unserer katholischen Schulen zu sichern, soll am Montag, den 26. Januar 1920 abends 7 Uhr, eine große Volks- versammlung im Saal des großen Saales Leipziger Straße stattfinden, wobei Oberlehrer Heßlein und Dr. Stille sprechen

